

Antrag

**der Abgeordneten Sabine Boeddinghaus, Deniz Celik, Dr. Carola Ensslen,
Olga Fritzsche, Norbert Hackbusch, Stephan Jersch, Metin Kaya,
Cansu Özdemir, Dr. Stephanie Rose, David Stoop, Insa Tietjen (DIE LINKE)
und Fraktion**

**Betr.: Corona-Auswirkungen entgegenwirken – Gymnasium und Stadtteil-
schule um ein Jahr verlängern!**

Die Pandemie hat für viele Schüler:innen enorme negative Auswirkungen im Lernprozess. DIE LINKE schlägt daher vor, den Schüler:innen mehr Lernzeit zu geben. Dafür ist im Rahmen eines Schulversuchs

- G9 an Gymnasien einzuführen, mit der Maßgabe, dass die Gymnasien sich verpflichten, alle Schüler:innen nach Klasse 6 zu behalten, und
- G10 an den Stadtteilschulen (STS), wenn diese ihre Unterrichtsentwicklung auf jahrgangsübergreifende Lerngruppen ausrichten.

Der Hintergrund

Über nunmehr zwei komplette Schuljahre hinweg befinden sich Hamburgs Schulen im Pandemiemodus und waren von einem auf den anderen Tag damit konfrontiert, sowohl die Gesundheit ihrer Lehrkräfte, des pädagogischen Personals und ihrer Schüler:innen zu schützen, indem sie im Wochentakt wechselnde Hygienekonzepte umsetzen mussten, als auch aus dem Stand digitale Unterrichtskonzepte für den Distanzbeziehungsweise Wechselunterricht zu konzipieren und umzusetzen. Dabei wurde schnell deutlich, dass sich die sozialen Disparitäten abhängig von den jeweiligen Ressourcen des Elternhauses deutlich verstärkten: Die einen verfügten über ein eigenes Zimmer, einen eigenen Schreibtisch und ein eigenes Endgerät, die anderen hatten dies alles nicht. Die Folgen für den eigenen Lern- und Bildungsprozess sind entsprechend gravierend. Neben der Gruppe von Schüler:innen, die diese Zeit mit guter Selbstorganisation und mit selbstständigem Lernen in Eigenregie bestens nutzen konnten, gibt es eine große Anzahl derjenigen jungen Menschen, die über diesen Verlust von notwendigen Kontakten, Bindungen, direkter Ansprache und unmittelbarer Unterstützung „den Faden verloren“ haben und einen immensen Rückschritt in ihrem Lernprozess erleben mussten.

Auch der Schulsenator gesteht diesen Umstand ein: „Es gibt immer mehr Hinweise darauf, dass die Schulschließungen deutliche Spuren in der Bildung sowie der seelischen und sozialen Entwicklung vieler Schülerinnen und Schüler hinterlassen haben.“¹ Auch die Kultusministerkonferenz sieht Handlungsbedarf und fordert eine Verlängerung des Programms „Aufholen nach Corona“ um zwei Schuljahre mit einem Mittlereinsatz von insgesamt 500 Millionen Euro – mageren 15,626 Millionen pro Bundesland pro Schuljahr. Dazu soll ein bisher nicht wirksames Förderprogramm verlängert werden. In diesem bisherigen Programm „Aufholen nach Corona“ wurden insge-

¹ <https://www.hamburg.de/bsb/pressemitteilungen/15839256/2022-02-01-bsb-corona-folgen-fuer-kinder-und-jugendliche-lindern/>.

samt 2 Milliarden Euro für 2021 und 2022 beschlossen, Hamburg erhielt rund 34 Millionen Euro. 2021 plante die Schulbehörde, Eigenmittel von 125 Millionen Euro zum Abbau von Lernrückständen aufzuwenden – das sind gerade einmal rund 600 Euro pro Schüler:in.

Die seitens der Schulbehörde gewählten Maßnahmen sind weder zielführend noch hinreichend. Dieses Resultat belegt der Umstand, dass einige der durch das Bundes-Sonderprogramm finanzierten Maßnahmen schon zuvor in Gebrauch waren (Lernferien schon 2020) – und nichts davon die Ergebnisse der Leistungsstanderhebungen oder der emotional-sozialen Lage 2021 verbessert hat.

Vielmehr ist der Effekt der Verschärfung der sozialen Spaltung in den Schulen und zwischen den Schulen deutlich in den Ergebnissen der aktuellen KERMIT-Erhebung (2021) zu sehen. Dort kommt die Arbeitsgruppe zu dem einhelligen Schluss, dass es an den Schulen mit niedrigem Sozialindex deutliche Lernrückstände gibt. Die kurzfristigen Maßnahmen aus Bundesmitteln – also das oben genannte Programm „Aufholen nach Corona“ – können keinerlei Erfolge vorweisen. Zudem mit dem Jahr 2022 auch die Mittel auslaufen. Die Bedarfe zur Förderung der Kinder und Jugendlichen, denen die Corona-Pandemie wahrnehmbar ihre Bildungsleistung verschlechtert hat, halten zum einen an und zum anderen drängen ja bis auf Weiteres diese Schüler:innen in die jeweils nachfolgenden Klassenstufen. Dabei ist die messbare Lernleistung nur ein Aspekt der Corona-Auswirkungen.

Die COPSY-Studie des UKE kann auch in der dritten Befragungsrunde nicht mit Befunden aufwarten, die Anlass zum Aufatmen geben. Die Kinder und Jugendlichen sind weiterhin hochgradig emotional und psychisch belastet. Auch hier stellt das UKE fest, dass ökonomisch benachteiligte Familien „besonders betroffen“ sind. Die Belastungen haben sich „auf hohem Niveau stabilisiert“. Die Auswirkungen der Corona-Pandemie und der Eindämmungspolitik werden durch die sozioökonomische Ungleichheit verstärkt. Es ist kaum anzunehmen, dass sich mit dem Auslaufen der Sondermittel des Bundes daran etwas geändert haben wird. Die immensen und massiven Folgen der Pandemie auf die physische wie psychische Gesundheit der Schüler:innen werden noch Jahre nachwirken.

Die schulischen und die psychischen Belastungen sind mit dem bunten Strauß ausschließlich additiver Maßnahmen aus dem zeitlich und finanziell begrenzten Bundesprogramm „Aufholen nach Corona“ bei Weitem nicht zu kompensieren – und schon gar nicht ließe sich verloren gegangene Zeit damit aufholen. Die Maßnahmen sind qua definitionem additiv, sie werden also an einen schulischen Alltag gehängt, der sowieso schon in Bildungsfragen ungerecht ist und die gesellschaftliche Spaltung reproduziert. Es sind keine Maßnahmen, die geeignet sind für das Alltagsleben der Kinder und Jugendlichen an ihrem hauptsächlichen Aufenthaltsort, den Schulen. Diese müssen in sich dazu befähigt werden, den Bedürfnissen, den Lernständen und Lerngeschwindigkeiten der Schüler:innen zu begegnen.

In der aktuellen KERMIT-Erhebung wird zu Recht festgestellt, dass die schwächeren Testergebnisse nicht nur auf einen geringeren Lernfortschritt zurückzuführen sind. In Betracht kommen könnte auch – es wird aber nicht abgefragt – die psychische Belastungssituation der Schüler:innen. Die additiven Angebote sind wie Nachhilfe vor einer Arbeit, nur, dass sie diesmal von den Schulen organisiert werden und den Kindern und Jugendlichen noch die Ferien rauben.

Zudem wird nur eine Minderzahl an Schüler:innen mit den additiven Maßnahmen erreicht und die Qualität der Maßnahmen und der langfristige Erfolg werden gar nicht nachgehalten. Sichtbar ist auch hier, dass dieses Programm kaum genutzt wird: Durchschnittlich 27 Schüler:innen pro Schule nahmen zuletzt an den Lernferien, dem Kernstück des Programms, teil.² Die Behauptung der Schulbehörde, es seien „verbesserte Lernleistungen“ und „pädagogische Erfolge“ der Fördermaßnahmen zu erkennen, steht im schroffen Gegensatz zu den behördeneigenen Erkenntnissen und Erhebungsergebnissen.

² Drs. 22/8090.

Zusammengefasst: Die bisher aufgewendeten Bundesmillionen versiegen offenbar. Der Hamburger Befund entspricht dabei dem der anderen Bundesländer. Selbst konservative Schulpolitiker:innen sprechen davon, dass die Aufarbeitung der Corona-Folgen in den Schulen eine „Daueraufgabe“ sei. Und hierbei müssen Alternativen zu zusätzlichen Schulmaßnahmen gefunden werden. Auch müssen sie dauerhaft angelegt sein, da jede Alterskohorte, die 2020 ab Klasse 1 in den Schulen ist, unter den Auswirkungen der Pandemie zu leiden hat. Deren Bildungseinschnitt trägt sich weiter und kann nicht allein durch den zeitlichen Ablauf von Schuljahren behoben werden. Doch Klassenwiederholungen, Wiederholungen von Abschlüssen und vorbereitende Kurse verlängern allesamt die Schul- und Bildungszeit. Auch haben diese Mittel den großen Nachteil, dass sie mit der Erfahrung des Scheiterns verbunden sind, daher die Lernmotivation senken. Außerdem sind sie nicht pädagogisch begleitet und systematisch. Denn die Einschnitte durch Corona betreffen die breite Mehrheit der jetzigen und künftigen Schüler:innen.

Eine Gefahr für die Einebnung der Unterschiede im Zwei-Säulen-Modell ist nicht gegeben, da Gymnasien und Stadtteilschulen in ihrer sozialen Zusammensetzung und damit auch den einhergehenden Aufgaben kaum verschiedener sein könnten:

Unstrittig bleibt der Befund, dass das Zwei-Säulen-Modell zur vertieften sozialen Spaltung beiträgt:

- 60,4 Prozent der Schüler:innen an Stadtteilschulen (STS) haben einen sogenannten Migrationshintergrund³
- 30 Prozent von ihnen kommen aus Wohngebieten mit niedrigem und sehr niedrigem RISE-Status (im Vergleich: An Gymnasien sind dies lediglich 10,5 Prozent der Schüler:innen.)
- Sonderpädagogische Förderung nach § 12 HmbSG beziehen 8 Prozent der STS-Schüler:innen (und 0,5 Prozent der Gymnasial-Schüler:innen)
- Sprachförderung nach § 45 HmbSG beziehen 14,50 Prozent der STS-Schüler:innen (bei 5 Prozent der Gymnasial-Schüler:innen)
- Lernförderung nach § 45 HmbSG erhalten an STS 14,28 Prozent der Schüler:innen (an Gymnasien 6,45 Prozent)
- Mehrheitlich wird an den Stadtteilschulen die Integration durch sogenannte Internationale Vorbereitungsklassen geleistet, 75 IVK waren an Stadtteilschulen, 42 an Gymnasien.⁴

Die Bürgerschaft möge vor diesem Hintergrund beschließen:

Der Senat wird aufgefordert:

1. im Schuljahr 2022/2023 an mindestens je sechs dazu bereiten Gymnasien und Stadtteilschulen die Vorbereitungen für einen Schulversuch einzuleiten, bei der die oben skizzierte Schulzeitverlängerung mitsamt ihren Bedingungen eingeführt wird;
2. zum kommenden Schuljahr 2023/2024 diesen Schulversuch zu beginnen;
3. die für Vorbereitungen und Schulversuch selbst nötigen zusätzlichen Ressourcen für die beteiligten Schulen bereitzustellen;
4. den Schulversuch begleitend zu evaluieren und in einem jährlichen Turnus der Bürgerschaft zu berichten;
5. die gesamte Dauer des Schulversuchs über drei Schuljahre hinaus gemeinsam mit den beteiligten Schulen festzulegen;

³ Große Anfrage Lage der Stadtteilschulen, Drs. 22/7342.

⁴ Anhang 1, Drs. 22/4848.

6. nach Ablauf von mindestens drei Schuljahren auf Grundlage der Evaluation zu prüfen, inwieweit grundsätzlich die Schulzeit an Hamburger Gymnasien und Stadtteilschulen nach dem Rahmen des Schulversuchs um ein Jahr verlängert werden kann;
7. der Bürgerschaft zum 30.11.2022 zu berichten.